

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Die Wittgensteiner Zeitung erscheint jeden
Dienstag, Donnerstag u. Samstag u. kostet
monatlich M. 1.—; Fernsprecher Nr. 1
— Postfachkonto 5014 Nr. 404 49 —

Anzeigen: 1 mm hoch, 43 mm breit 10 Pfg.
Seminar- und kleine Anzeigen 8 Pfg.
Kleinanzeigen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Einzelhefte: 10 Pfg. extra Laasphe Nr. 50.
Bankkonto: B. arnberger Bank Ndl. Laasphe.

Verantwortung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 141

Laasphe, Dienstag den 30. Dezember 1924

49. Jahrgang

Nach dem Fest.

Das Weihnachtsfest mit seinem Frieden und den Freuden und der Besinnlichkeit einer echt deutschen Familienfeier ist nun vorüber. Nun steht noch Jahreswende und Neujahrsfest vor der Tür, und die Alltagsorgen nehmen wieder ihren alten, gewohnten Gang.

Trotz der Härte der Zeit, die auf allen Schichten der Bevölkerung, auf allen Gewerbe- und Betriebszweigen lagert, hat die deutsche Weihnacht sich doch ihren Zauber auch in diesem Jahre nicht nehmen lassen. Selbst in der Politik, die gerade in diesem Jahre besonders hoch ihre Wellen um die Weihnachtszeit trieb, wußte das liebe Weihnachtsfest mit seinem trauten Frieden sich durchzusetzen, es herrschte auch hier jene wohlthuende Ruhe, frei von jedem Parteizank und Parteihader, die nun einmal zum wahren Festesfrieden gehört.

Jetzt, nachdem das Fest vorüber, fangen im wirtschaftlichen wie politischen Leben wieder die Sorgen und Nöte an, die das Leben in Öffentlichkeit und Haus beschäftigen. Mag um die Jahreswende noch so hoher Rummel üblich sein, mag um die Jahreswende Gott Bacchus und Cambrinus nebst den schärferen Geistern noch so sehr gehuldigt werden, dieser ausgelassene Rummel des Silvester, er geht lange nicht so in die Tiefe wie die Festesstimmung zu Weihnachten; es ist ein kurzer, toller Freudenrausch, vor dem die Geschäfte und Nöte des Tages schwerlich halt machen.

So ist es auch im politischen Leben. Selbst die heikle Frage der Regierungsbildung, die in Deutschland wohl zur Stunde die brennendste ist, sie schwieg unter den Festesflängen des Christtides, sie lebt aber jetzt sofort, nachdem die Festesflänge verstrichen ist, wieder auf. Der Parteienkampf hat bereits wieder eingesetzt. Ob er am 5. Januar wird ein greifbares, tragfähiges Resultat gezeitigt haben, steht noch dahin. Es wäre dringend zu wünschen, schon aus dem Grunde, um dem deutschen Volke die Kosten und die Aufregungen einer neuen Wahl zu ersparen, die sonst unvermeidlich wären.

Auch der Magdeburger Prozeß des Reichspräsidenten gegen den Schriftleiter Rothard drohte ernstlich den Festesfrieden zu stören. Nachdem nun in der, wie schon einmal an dieser Stelle erwartet, immerhin recht peinlichen Affäre der Reichspräsidenten Berufung gegen das Urteil des Magdeburger Schöffengerichts eingelegt hat, werden wir das traurige Schauspiel erleben, daß all diese Geschichten aus den Schicksalstagen Deutschlands noch einmal aufgewärmt werden. Die erlittenen Gemüter werden aneinandergeraten und in ihrem Parteisanatismus mit dem Mantelchen der Justitia paradiere und prahlen. Wahrscheinlich, Frau Justitia spielt bei den augenblicklichen traurigen Verhältnissen in Deutschland in diesem Prozeß eine wenig beneidenswerte Rolle.

Das böseste Weihnachtsgeschenk, was dem deutschen Volke diese Weihnachten dargereicht wurde, war die von Frankreich angezeigte Hintertreibung der für Januar erwarteten Räumung der Kölner Zone, in Verbindung mit der Hege, die sich um den Bericht der Kontrollkommission rankt. Das außenpolitische Leben Deutschlands wird jetzt nach dem Fest stark

beherrscht sein von den Protestschritten, die Deutschland unternehmen wird, um diese neuerlichen Vergewaltigungen und Vertragsbrüche nicht nur nach Möglichkeit abzuwehren, sondern auch um sie vor dem Forum der Weltgeschichte, des Weltgerichtes, in das richtige Licht zu setzen.

Es ist der Handel Chamberlains und Herriots um die Einigung in der Sudanfrage, der uns wiederum diese neue völkerrechtswidrige Bedrückung eingebracht hat. Dieser Völkerrechtsbruch mit der Verschleppung der Ruhrkränkung und der Kölner Zonen-Regelung spiegelt sich natürlich auch in der Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund wieder. Deutschland hat in diesen Weihnachtstagen erst an die Völkerbundmächte eine Note gesandt, die die Mindestforderungen Deutschlands noch einmal wesentlich klarlegt. Im neuen Reichstag, der, wie gesagt, am 5. Januar seine Pforten öffnen soll, wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beziehungsweise die erwartete Beitrittsanmeldung Deutschlands einen breiten Raum der Erörterungen einnehmen. Auch die verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen kommen nun vor das Rampenlicht der Parlamente, und werden dort unter der kühnen Debatte der verschiedenen Parteien wohl manchen schmerzlichen Beimerkes entzünden werden, das sie heute noch umrankt.

Die Weihnachtsfeierlage sind vorüber, die Sorgen und Geschäfte des Alltags treiben wieder ihr altes Spiel.

Die Dawes-Anleihe.

Nachdem die Dawes-Anleihe in Höhe von 800 Millionen Mark für Deutschland eingebracht ist, mag ein kurzes Wort über ihren Wert und ihre Nachteile gesagt sein. Die Gegner dieser Reparationsanleihe führen als Grund für die Unzweckmäßigkeit der Anleihe in erster Linie die hohe Verzinsung ins Feld und halten die Bedingungen für untragbar. Gewiß läßt sich nicht leugnen, daß ein Zinsfuß von 8 Prozent nicht gerade unbedeutend ist und eine schwere Belastung bedeutet, es darf aber andererseits nicht übersehen werden, daß durch die Anleihe eine direkte Sonderbelastung für Deutschland nicht entsteht, daß sie vielmehr im Rahmen des Reparationskontos bleiben. Welche Vorteile lassen sich aber diesen Bedenken gegenüberstellen? Denken wir an die Zeiten vor der Anleihe, in denen unsere Wirtschaft völlig darniederlag und verzweifelt nach Krediten suchte, um die Produktion wieder aufzunehmen, da fand sie im Ausland keine Geneigtheit zur Hilfe. Könnte dieses Verhalten des Auslandes auffallen, wenn man bedenkt, daß durch die Kriegs- und noch mehr durch die lange Inflationszeit das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft völlig geschwunden war? Erst die Sicherung einer vorteilhaften Verzinsung für die Dawes-Anleihe hat hier wieder die Stimmung des Auslandes bekehren können. Es ist unbestreitbar ein Erfolg, daß sich das Ausland nunmehr zu einer organisierten Kreditgewährung bereitfindet. Sehen wir nun aber einmal ganz von der wirtschaftspolitischen Seite ab, so darf doch vor allem nicht die psychologische Bedeutung der Anleihe unberücksichtigt werden. Gerade der Umstand, daß die

Anleihe überall, im feindlichen wie im neutralen Auslande, um ein Vielfaches überzeichnet worden ist, legt davon Zeugnis ab, daß das Vertrauen und die Zuversicht auf die deutsche Wirtschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit erheblich zugenommen hat. Das Ausland rechnet mit einem baldigen wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Deutschlands, der ihm eine genügende Sicherung für die Kreditgewährung bietet. Das zeigt sich weiterhin in den privaten Kreditgewährungen, die namentlich von amerikanischen Bankhäusern der deutschen Privatwirtschaft oder deutschen Kommunen zuteil wurden. So erhielt z. B. das Kohlenindustriat von einem New Yorker Bankhaus einen Akzeptkredit von 2½ Millionen Dollar auf drei Monate. Seit dem Zustandekommen der Dawes-Anleihe hören wir von fast allen ausländischen Börsenplätzen, daß die deutsche Mark wieder notiert wird, der man seit Kriegsende im internationalen Geldverkehr keine Bedeutung mehr beigelegt hatte. All das sind doch Anzeichen, die einen Vorteil der Anleihe außer Frage stellen.

Nun soll aber trotz dieser Vorzüge vor einer Ueberschätzung des Anleiheerfolges gewarnt werden. Vielfach hören wir jetzt, daß Privatbetriebe und vor allem Kommunen das Ausland um Kredite bestürmen. Es ist ein unheilvoller Fehler, nun ausländische Kreditmöglichkeiten wahllos und unter jeder Bedingung in Anspruch zu nehmen. Hier ergibt sich die Forderung, daß man solche teuren Kredite nur dann aufnehmen sollte, wenn der Kreditnehmer sich in der Lage glaubt, vornehmlich durch Exportgeschäfte die Schuld wieder abzutragen. Geradezu ein Verbrechen wäre es, wollte man im Ausland Kredite aufnehmen, um sie auf dem inländischen Geldmarkt zu Spekulationszwecken oder Konsumzwecken zu verwenden. Durch derartige ungesunde Kapitalbildung mit ihren preissteigernden Momenten könnte unserer wiedergebundenen Wirtschaft ein schwerer Schlag verzeugt werden.

Der Hauptzweck der Dawes-Anleihe, das sollte man nie vergessen, ist doch der, die Goldrücklagen der Goldnotenbank zu stärken. Ihr eigentlicher Gegenwert in Mark dient im ersten Jahr vornehmlich dazu, die Bezahlungslieferungen und Reparationslieferungen zu finanzieren. Einen unmittelbaren Gewinn für die heimische Produktion und den Wiederaufbau des deutschen Wohlstandes bringt die Anleihe zunächst nicht.

Dr. M.

Der Eindruck der deutschen Note beim Völkerbund.

Die Note der Reichsregierung an den Völkerbund wurde vom Völkerbundsekretär in deutschem, englischem und französischem Text der Presse übergeben. Gleichzeitig bestätigte der Generalsekretär des Völkerbundes dem deutschen Generalkonsul in Genf, der die Note mit der Denkschrift am 29. September überreicht hatte, den Empfang. Eine direkte Antwort an den Reichsminister des Auswärtigen ist noch nicht erfolgt. Die Note hat im Völkerbundsekretariat einen starken Eindruck hinterlassen. Sie wird in neutralen Kreisen des Sekretariats als sehr geschickt und als eines der wichtigsten Dokumente bezeichnet, die bisher der Völkerbund erhalten habe, wobei

Stolze Herzen.

Roman von Fr. Lehne.

25]

Aber ihre Freude, dem Gatten ein Kind — vielleicht gar einen Sohn — zu schenken, war übergroß, und ließ sie alle Beschwerden geduldig tragen, förmlich verklärt ging sie einher.

Im November war es ihr dann vergönnt, den ersten Schrei ihres Kindes zu hören — und dieser Augenblick ließ sie alle Schmerzen und Leiden vergessen.

Tief gerührt kniete Klaus vor ihrem Bett und küßte ihr wieder und wieder die blauen Hände, immer von neuem mußte er sie versichern, wie sehr er sich über seinen Sohn freute!

Aber Ellen mußte lange liegen; sie war fast beängstigend schwach.

Als Ellen Besuch annehmen durfte, ließ sich Frau Isabella Böbbede bei ihr melden. Sie brachte einen großen Strauß Weicheln mit.

„Die ersten Frühlingskinder, liebe Baronin! Sie sollen Ihnen den Lenz künden, der nun bald seinen Einzug hält.“

Mitleidig ruhten die Blicke der schönen, eleganten Frau auf der jungen Mutter, die so kinderhaft zart und gebrechlich in ihrem großen Stuhl ruhte, den man ans Fenster geschoben hatte, damit sie in der Sonne saß.

„Darf ich das Kind sehen?“ fragte Isabella.

„Alein Klaus schläft jetzt!“

„Schade, ich hätte ihn gern bewundert.“

„Wenn ich Sie dann zu ihm bemühen darf?“

„Aber gern gehe ich mit!“

Das Kinderzimmer befand sich neben dem Schlafzimmer, dessen halb geöffnete Tür einen Blick hinein gestattete. Isabella überließ es liebendheiß, als sie in den einfachen, schmucklosen, aber sehr großen, lustigen Raum sah — schnell wandte sie sich ab, wie auf etwas Verbotenem ertappt.

Und da — sein Kind! Friedlich lag es in seinem Körbchen, die Füßchen an die Wangen gepreßt; die Ämme saß daneben, sorglich seinen Schlummer bewachend.

Mit unbefählichem Gefühl betrachtete Isabella den Knaben, während Ellen in grenzenloser Liebe sich über ihn neigte, das Mutterglück verklärte sie wunderbar.

Jetzt regte sich der Kleine, er schlug die Augen auf und verzog ängstlich das Gesicht, als ob er weinen wollte. Besorgt nahm ihn Ellen hoch. „Du, du — nicht weinen! Wir tun dir ja nichts! Wir wollen Klaus nur bewundern und uns freuen, wie groß er schon geworden ist.“

Voller Mutterstolz hielt sie ihrem Besuch das Kind entgegen.

„Sehen Sie, wie schön er ist! Man verbietet mir, ihn selbst zu tragen.“

Isabella nahm ihr das Kind ab. „Ja, so groß und so dick schon — und doch erst ein Vierteljahr alt.“

Ihr Herz klopfte, und ein seltsames Gefühl ließ sie erbeben, als sie das kleine, zappelnde, warme Ding auf ihrem Arme hielt. Sie hätte weinen mögen.

„Möchten Sie nicht auch ein so herziges Wesen Ihr eigen nennen, Frau Böbbede?“ fragte Ellen mit ihrer sanften Stimme.

„Nein!“ entgegnete die andere fast rauh, „ich habe nicht den Wunsch — nie!“

Verwundert sah Ellen auf sie, befremdet von der Art Isabellas, die sie nicht verstehen konnte.

Schwer wie glühendes Blei fühlte diese jetzt das Kind auf ihrem Arm; sie wollte es der jungen Mutter zurückgeben.

„Ach, Klaus!“ rief Ellen da und eilte auf den Gatten zu, der auf der Schwelle des Kinderzimmers stand.

Eine tödliche Verlegenheit überfiel Isabella; ihre Blicke kreuzten sich über Ellens blondem Kopf mit denen des Mannes, und sie sah ein Leuchten darin, ein Aufblitzen. Weinend hätte sie das Kind fallen lassen, wenn die Ämme ihr es nicht abgenommen.

„Frau Böbbede wundert sich auch, wie groß und kräftig Klaus für sein Alter ist!“ sagte Ellen wichtig; „Nur, Liebster, wie er dir zuläuft!“

Klaus hat um Entschuldigung, daß er in so wenig alonfähigem Anzuge erscheine, er habe nicht gewußt, daß Besuch da sei, er komme vom Feld. Hoch und schlank stand er vor den beiden Frauen. Wie gut kleidete ihn die knappe Rodenjacke. Er hielt einen Brief hoch. „Ich habe etwas, Ellen!“

„Ach, von Ruth! Was schreibt sie? Ist sie gesund?“ fragte Ellen lebhaft.

„Es würde mich ebenfalls sehr interessieren, von der Baroness zu hören.“

„Also, Ruth ist sehr befriedigt; sie hat neulich zum ersten Male das Echo in den Meißelfingern gefungen, sie fügt einige sehr gute Kritiken bei.“

Isabella las sie. „In der Tat, glänzend. Man kann Sie nur zu einem solchen Erfolge beglückwünschen!“

Klaus schüttelte den Kopf. „Nein, gnädige Frau, es ist zu sehr gegen meine Ansichten und Wünsche.“

„Aber warum, Herr von Wallbrunn? Ich befeide die Baroness fast.“

Isabella erhob sich. Klaus legte ihr den Jodelpelz um und begleitete sie zum Wagen.

„Adieu, Herr von Wallbrunn.“ Sie verabschiedete ihn „Herr Baron“ zu nennen, und er wußte wohl, weshalb.

„Adieu, gnädige Frau!“

Sie reichten sich die Hände, aber sie sahen beim Abschied aneinander vorbei.

„Ob Frau Böbbede glücklich ist?“ fragte Ellen.

„Ich glaube es kaum. Sie hat etwas so Unruhiges, Nervöses an sich. Und denke, mein Klaus, sie wünscht sich nie ein Kind. Wenn wir unsern Dubi nicht hätten, Liebster —“ Sie schmiegte sich an ihn und sah zärtlich zu ihm auf.

„Ja, kleine Ellen! Nun lege dich aber ein Stündchen hin! Der Besuch hat dich doch angestrengt, du siehst ganz blaß aus!“

Gehorsam tat sie, wie er wünschte. Er legte sorglich die Decke um ihren schwächlichen Körper, küßte sie auf die Stirn und verließ das Zimmer.

(Fortsetzung folgt)

man die rücksichtslose Offenheit anerkennt, mit der die grundlegenden Probleme angefaßt werden, und besonders hervorhebt, daß es sich hier um die erste direkte Rundgebung der Reichsregierung an den Völkern in der Beitrittsfrage handelt. Bei den maßgebenden höheren Beamten des Sekretariats hat jedoch vor allem der Passus, in dem der Generalsekretär ersucht wird, die zuständigen Instanzen des Völkerbundes zu befragen, sichtbare Verlegenheit bewirkt. So ist man sich in der Tat bis jetzt über die weitere Behandlung, die die Note zu erfahren hat, noch nicht klar und hat sich zunächst mit ihrer Uebersmittlung an alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes begnügt. — Die Genfer Presse ist geteilter Ansicht. Nach dem Journal de Genève will Deutschland vor allem in einem russisch-polnischen Konflikt seine Neutralität sicherstellen, laufe aber auch, wenn es dem Bunde nicht betrübt, Gefahr, daß die Mächte das Durchzugsrecht durch Deutschland fordern. Nach Ansicht des Blattes kann nur die Vollversammlung die Frage des Artikels 16 lösen, was infolge der technischen Schwierigkeiten einer Abänderung des Völkerbundespatentes den Eintritt Deutschlands lange hinausschieben würde. Die Tribune de Genève glaubt, daß Deutschland mit seinem Appell an den Völkerbund angesichts der Tatsache, daß es in Genf unentbehrlich ist, eine Milderung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages erzielen will.

Der Inhalt der Völkervertragsnote an Deutschland.

Nach Pariser Blättern wurden in den Pariser Besprechungen am Quai d'Orsay, an denen der Direktor der politischen Abteilung Laroche, General Desider als Vertreter des Reichs, sowie der juristische Sachverständige Formageot teilnahmen, die Umrisse einer Note festgelegt, die die Völkervertragskonferenz Ende der Woche an Deutschland abgeben wird. Die drei genannten Persönlichkeiten wurden von Herriot empfangen, der sich den Text der Note vorlegen ließ. Von den Blättern glaubt „Petit Journal“ über den Inhalt der Note nachstehende Angaben machen zu können: Die verbündeten Regierungen werden Deutschland mitteilen, daß der vorläufige Bericht der interalliierten Militärkommission nicht befriedigt. Weiter werde darauf hingewiesen werden, daß die Kontrollkommission ihre Arbeiten, d. h. ihren Schlussbericht, erst einige Wochen nach dem 10. Januar 1925 werde beenden können. Die Verbündeten werden erst dann den Zeitpunkt der Räumung Kölns angeben, in der Lage sein. Bis dahin werde die Räumung ohne Angabe eines bestimmten Datums verzögert.

Das Urteil im Ebert-Prozeß.

Im Verleumdungsprozeß des Reichspräsidenten gegen den Redakteur Rothardt aus Stuttgart wurde am Dienstag vormittag um 10½ Uhr das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen öffentlicher Verleumdung des Reichspräsidenten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner wurde dem Reichspräsidenten die Befugnis zuerkannt, den verfügbaren Teil dieses Urteils auf Kosten des Angeklagten innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten des Urteils in drei Zeitungen zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens fielen dem Angeklagten zu.

Die Berufung des Reichspräsidenten.

Ein Berliner Blatt meldet, daß der Generalstaatsanwalt und die Vertreter des Reichspräsidenten in ihrer Berufung wegen der Urteilsbegründung sich nicht nur gegen die Argumentation des Landgerichtsdirektors Dr. Beversdorf, sondern auch gegen die Tatsache, daß eine Verurteilung Rothards auf Grund § 186 StGB. nicht gefällt worden ist, wenden. Generalstaatsanwalt und die Vertreter des Reichspräsidenten erblicken in dieser Tatsache einen offensichtlichen Rechtsirrtum, der die Neuverhandlung des Prozesses und eine erneute Urteilsfällung notwendig macht. Die Entscheidung werde damit vor das Reichsgericht getragen, das die Möglichkeit hat, den Prozeß an ein anderes Gericht zurückzuverweisen oder selbst ein endgültiges Urteil zu fällen.

Das Reichskabinett beschloß, den Ausgang des Magdeburger Prozesses zum Anlaß einer Rundgebung zu nehmen, die Mittwoch vormittag 11 Uhr in Form eines korporativen Besuchs aller in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder beim Reichspräsidenten Ebert vollzogen wurde.

Unter Führung des Reichsinnenministers und Vizekanzlers Dr. Sarres, als des Vertreters des abwesenden Reichsjustizministers, haben sich die Minister Dr. Stresemann, Graf Ranig, Sam, Dr. Geßler, Dr. Brauns, Dr. Luther, Defer und Staatssekretär Joel (als Leiter des Reichsjustizministeriums) zum Reichspräsidenten begeben und ihm eine Resolution überreicht, in der ihm uneingeschränktes Vertrauen des Reichskabinetts ausgesprochen wird.

Dr. Marx und die Regierungskrise.

Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß bei der Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung Reichskanzler Dr. Marx vom Reichspräsidenten endgültig den Auftrag erhalten wird, die neue Regierung zu bilden. In den maßgebenden Regierungskreisen ist man nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine andere Kanzlerschaft nicht in Frage kommen kann und Dr. Marx allein imstande wäre, eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten herbeizuführen. Die Beibehaltung der Kanzlerschaft Dr. Marx würde schließlich auch auf die Haltung der Zentrumspartei einen maßgebenden Einfluß ausüben.

Vorläufig keine Reichsamnestie.

Wie wir aus den Kreisen des Reichsjustizministeriums erfahren, ist eine Reichsamnestie gegenwärtig nicht beabsichtigt. Das Reichsjustizministerium steht auf dem Standpunkt, daß die letzte Amnestie vom Jahre 1921 genügenden Anlaß gegeben habe, politisch Verurteilte zu begnadigen, und eine Wiederholung von Amnestierungen nur in Einzelfällen erfolgen kann. Eine gezielte Amnestie dürfe aus Gründen des Rechtsprinzips nicht schon nach drei Jahren wieder in Erwägung gezogen werden.

Eine Weihnachtsbotschaft des Papstes.

Der Paps empfangt das Kardinalskollegium, dessen Defakardinal Bannuti aus Anlaß des Weihnachtsfestes eine Glückwunschkarte verlas, in der er u. a. den Wunsch aus-

sprach, daß ein dauerhafter und sicherer Friede wieder in der Welt eintreten möge, nicht der durch die Verträge festgelegte, sondern einer, der in den Herzen der Völker wurzele. Der Papst dankte, indem er zunächst die Glückwünsche erwiderte und im Hinblick auf das Weihnachtsfest erklärte: Möge vom Himmel der Ruhm Gottes und der Friede für die Menschen herabkommen! Möge der Friede ein wahrer Friede sein, ein Friede von Geistern, die in immer stärkerem Umfang die Wahrheit erkennen, ein Friede von Herzen, die reines Gewissen sind, ein Friede von Herzen, die von gegenseitiger brüderlicher Liebe in den Beziehungen zwischen den einzelnen und den Bevölkerungsklassen und Völkern erfüllt sind. Möge es ein Friede des Willens sein in der Zustimmung zu dem Willen Gottes. Möge das heilige Jahr die Morgenröte dieses schönen heiligen Friedens sein, von dem ich wünsche, daß er sich im Reiche Christi vollziehe. Möge das Zusammenströmen so vieler Söhne der Kirche aus allen Teilen der Welt in Rom dazu beitragen, der Welt den allgemeinen Frieden wiederzugeben.

Erfolge der Aufständischen in Albanien.

Wie die Zeitungen aus Albanien melden, bestätigt es sich, daß die Aufständischen nach mehrtägigen, mörderischen Kämpfen Skutari und Alessio genommen haben. Es finden blutige Kämpfe in der Gegend von Elbasan statt. Eine Abteilung von Aufständischen, die aus Balona hervordrang und in den Engpaß von Kiofa eindrang, griff 15 Kilometer nördlich von Tirana die Regierungstruppen an, unter denen sich auch der frühere Präfekt von Skutari, Bayrowitsch, befand. Bayrowitsch wurde getötet, und die Aufständischen erbeuteten 4 Geschütze und 6 Maschinengewehre.

Ein römisches Blatt führt bezüglich Albaniens aus, daß die Unabhängigkeit und staatliche Verfassung eng miteinander verknüpft seien. Wenn Albanien außerstande wäre, sich eine stabile Regierung zu schaffen, würde Italiens Vorzugstellung, die ihm von den Großmächten zuerkannt worden sei, wieder aufleben. Vorläufig folge Italien das Prinzip der Nichtintervention und überlasse es der Regierung Albaniens, ihre Haltung selbst zu wählen. Sollte aber diese Haltung der albanischen Regierung Schiffbruch erleiden oder sollte die albanische Regierung im Bewußtsein ihrer Schwierigkeiten eine internationale Aktion vor dem Völkerbund anstreben, dann müßte Italien sein Vozugsrecht in Albanien geltend machen.

Ueber 20000 farbige Truppen auf deutschem Gebiet.

In farbigen Truppen sind im besetzten Gebiet, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, zurzeit folgende vorhanden: Das 16. Tir.-Regt., Standort Kreuznach-Pirmasens, das 20. Tir.-Regt. in Kaiserslautern-Zweibrücken, das 23. Tir.-Regt. in Wiesbaden-Höchst, das 28. Tir.-Regt. in Siegburg, das 33. Tir.-Regt. in Griesheim-Rosheim, das 35. Tir.-Regt. in Ludwigshafen-Worms, das 61. Tir.-Regt. in Mainz, das 64. Tir.-Regt. in Speyer-Germersheim, das 65. Tir.-Regt. in Eustirchen-Bonn, das 5. Spah-Regt. in Mainz-Gersheim, das 6. Spah-Regt. in Landau. Die Gesamtsumme der farbigen Soldaten auf deutschem Boden kann auf über 20000 veranschlagt werden.

Russisch-japanische Verhandlungen wegen Sachalin.

Japan hat der Sowjetregierung hinsichtlich der Räumung Sachalins einen neuen Vorschlag gemacht, wonach die japanische Regierung Rußland die Insel zu übergeben bereit ist, doch sollen die japanischen Garnisonen auf Sachalin verbleiben. Die territorialen Rechte bis April—Man nächsten Jahres werden alsdann bis zu ihrer Rückberufung ausgeübt werden.

Politische Mundschau.

Ein Rechtsentscheid in Mietschuldsachen.

Ein Rechtsentscheid des Berliner Kammergerichtes in Mietschuldsachen, der für weitere Kreise von Interesse sein dürfte, ist unter dem 17. November d. J. ergangen. Er lautet folgendermaßen: Bei Geschäftsräumen kann die Erlaubnis des Vermieters, den Gebrauch des Raumes einem Dritten zu überlassen, insbesondere ihn unterzuvermieten, nicht nach § 29 des Mietschuldsachen-Gesetzes durch das Mietverhältnis selbst aufgehoben werden.

Neue Geldsendung für Deutschland. Eine neue Geldsendung von fünfhunderttausend Dollar ist vom Banthaus Morgan nach Deutschland abgegangen.

General von Gündell gestorben. General der Infanterie Dr. phil. Erich von Gündell, der vielgenannte Heerführer des großen Krieges, ist am 21. d. M. in Göttingen gestorben. Von 1917 an führte der General den Oberbefehl über die Armeeabteilung B im Ober-Elsaß. Beim Zusammenbruch wurde er zum ersten Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission ernannt, dessen Vorsitz dann aber Erzberger übernahm.

Die griechischen Minderheiten in Bulgarien. Ein griechisches Blatt meldet, daß die Lage der griechischen Minderheiten in Bulgarien immer unerträglicher werde. Die Bulgaren hätten griechisches Eigentum in Kavali, Simaki und Burgas eigenmächtig in Besitz genommen. Der von dem griechischen Gesandten in Sofia unternommene Schritt hätte keinen Erfolg gehabt. Die Griechen sahen sich gezwungen, mitten im Winter unter Zurücklassung ihres Eigentums Bulgarien zu verlassen.

Abbruch der jugoslawisch-russischen Handelsbeziehungen. Ein Pariser Blatt meldet aus Belgrad, daß der jugoslawische Minister für den Abbruch aller Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland beschlossen hat.

Der Reichskanzler über die Kölner Zone

Der Reichskanzler äußerte sich gelegentlich einer Unterredung über die Räumung Kölns: Ich muß wegen der Räumung der ersten Rheinlandzone ganz offen feststellen, daß mich der augenblickliche Stand dieser Angelegenheit mit ernstester Sorge erfüllt. Die alliierten Regierungen scheinen bereits entschlossen zu sein, den im Versailler Vertrag festgesetzten Räumungstermin des 10. Januar nicht einzuhalten, und als Grund dafür die Frage der deutschen Entwaffnung zu benennen. Wenn es wirklich bei dieser Absicht der Alliierten verbleibt, so fürchte ich sehr, daß das Folgen haben könnte, die mir nicht nur vom deutschen Standpunkt, sondern auch vom Standpunkt der europäischen Gesamtpolitik äußerst beklagenswert erscheinen. Wenn die Politik, die Deutschland und die alliierten Mächte zu den Londoner Ver-

einbarungen geführt hat, von beiden Seiten loyal weiter verfolgt würde, so müßte ihr nächstes Ergebnis die Räumung der ersten Rheinlandzone am 10. Januar sein. Erfolgt die Räumung an diesem Tage nicht, so drohen alle Erfolge jener Politik hinfällig zu werden. Ich brauche die Gefahren, die das für die Konsolidierung der deutschen Verhältnisse und unserer gesamten internationalen Beziehungen mit sich bringen würde, nicht näher zu schildern. Diesen folgenreichen Schritt denken die alliierten Regierungen mit deutschen Verhältnissen in der Entwaffnungsfrage begründen zu können. Diese ganze Art der Begründung bedeutet ganz einfach die Rückkehr zu der Sanktionspolitik, der doch die Londoner Konferenz endgültig das Urteil gesprochen zu haben schien. Und nun die Entwaffnungsfrage selbst. Es ist doch aber leicht erklärlich, daß bei einer so weitreichenden Aktion schließlich gewisse Differenzpunkte übrigbleiben, die mangels einer autoritativen Instanz für die Auslegung des Vertrages nur im Wege gegenseitiger Verständigung erledigt werden können. Kein Mensch in der Welt kann bestreiten, daß Deutschland alle irgendwie wesentlichen Abrüstungsbedingungen erfüllt hat, daß es in einem Maße entwaffnet ist, wie dies wohl noch niemals in der Geschichte ein großes Volk über sich hat ergehen lassen müssen, und daß von irgendwelchen deutschen Angriffsmöglichkeiten auch nicht im entferntesten die Rede sein kann. Die Befestigung der Rheinlande ist doch vom Versailler Vertrag als Sicherung der Westmächte gegen deutsche Angriffsabsichten gedacht. Da derartige Absichten völlig außer dem Bereich der Möglichkeit liegen, kann aus jenen geringfügigen Restpunkten bei loyaler Vertragsauslegung kein Recht hergeleitet werden, die Befestigung zu Sicherungszwecken über die vertraglichen Fristen hinaus zu verlängern. Man hört vielfach, daß der eigentliche Grund für die Verzögerung der Räumung mehr darin liege, daß nach der Räumung der ersten Rheinlandzone die militärische Befestigung des Ruhrgebiets nicht mehr länger aufrechterhalten werden könne. Wenn dieser Grund in den Erwägungen der alliierten Regierungen wirklich eine Rolle spielen sollte, so kann ihn die deutsche Regierung ebensoviele anerkennen. Die Reichsregierung hat sich mit der Aufrechterhaltung der Befestigung des Ruhrgebiets bis zum August 1925 doch nur als dem spätesten Termin abgeben, hat aber in Uebereinstimmung mit der britischen Regierung von vornherein ihrer Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Räumung beschleunigt und vor jenem Endtermin durchgeführt werden müsse. Ich möchte einstweilen nicht die Hoffnung aufgeben, daß in den wenigen Wochen, die uns noch von dem vertragsmäßigen Räumungstermin trennen, doch noch ein Weg gefunden wird, auf dem unserem Standpunkt Rechnung getragen und jenen Gefahren vorgebeugt wird, die eine Wiederaufnahme der Sanktionspolitik heraufbeschwören würde.

Die Londoner Blätter beschäftigen sich weiter mit der Räumungsfrage der Kölner Zone. Der „Daily Telegraph“ sagt, es müsse wiederholt betont werden, daß die Alliierten nicht den Wunsch hätten, die Befestigung Kölns unnötig zu verlängern. Das Datum der Räumung könne sich aber nur nach dem Ausfall des endgültigen und vollständigen Berichts richten, der aber nicht vor dem 10. Januar zu erwarten sei. Bemerklich würden die Alliierten die Befestigungsperiode um wenige Monate zu verlängern, um den deutschen Behörden Zeit zu geben, die Fehler in der Ausführung der Entwaffnungsklausel zu berichtigen. (1) Schon jetzt wirken die Differenzen in der Räumungsfrage ungünstig auf die Beziehungen zwischen den Befestigungstruppen und der deutschen Bevölkerung. So habe es bereits zwischen den deutschen und englischen Behörden über die Löhne gegeben, die den Arbeitern, die die Gebäude und Sportplätze für die englischen Truppen bauen, bezahlt werden sollten. Bei einer etwaigen Räumung der Kölner Zone hoffe man in militärischen Kreisen, nicht nach Dürren oder Erier verlegt zu werden. Wegen sozialer und anderer Unannehmlichkeiten würde man Wiesbaden vorziehen. Falls man in Deutschland die Verlegung der englischen Truppen nach Erier nicht gern sähe, so würde man die Verlegung nach der Pfalz doch sicher willkommen heißen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß der Standpunkt der britischen Regierung in der Frage der Räumung Kölns seit den Besuchen des deutschen Völkstachters bei Chamberlain nicht von dem von Lord Curzon im Oberhaus dargelegten Standpunkt abgewichen sei. Der endgültige Bericht der Militärkontrollkommission könne nicht vor der dritten Januarwoche erwartet werden.

Die Völkstachterskonferenz zur Prüfung des Berichts der interalliierten Kontrollkommission hat ihre Sitzung verschoben. Nach einer Meldung wird der Bericht der interalliierten Kontrollkommission im Laufe der dritten Januarwoche erfolgen.

Der französische Ministerrat über die Kölner Räumung. Paris, 25. Dezember. Der französische Ministerrat beschäftigte sich, wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, mit der Frage der Räumung der Kölner Zone. Angenommen wurde der Wortlaut eines Memorandums, wonach an eine Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar angesichts des Befundes der interalliierten Rheinlandkommission über die deutschen Rüstungen nicht gedacht werden kann.

Aus Saasfee und Umgegend.

* Saasfee, 29. Dezember. Das liebe Weihnachtsfest mit seinem strahlenden Kerzenschein und seinen herzerfreuenden Überraschungen ist wieder mal vorüber, und die ernste Arbeit muß wieder beginnen. Außerlich sollte die zu den Weihnachtsfesten gehörende Schneelandschaft, dafür leuchtete die Weihnachtsstern bei milder Luft in fast frühlingmäßiger Pracht und erinnerte mehr an ein Osterfest. Die Stadt selbst und ihre Bevölkerung stand im Zeichen des Weihnachtszaubers; die Zahl der Gottesdienstbesucher war auch diesmal eine überaus große. Am 1. Feiertag fand wie alljährlich die feierliche Weihnachtsfeier des Vaterl. Frauenvereins in der Kirche statt. Im übrigen sind die Tage recht ruhig verlaufen. Von weltlichen Festlichkeiten ist die Weihnachtsfeier des Gesangsvereins „Eintracht“ am 2. Feiertag sowie diejenige des Musikvereins, die am gestrigen Sonntag stattfand, zu erwähnen. Beide Veranstaltungen nahmen einen recht ansprechenden, eindrucksvollen Verlauf. — Nächsten die Eintritte nun auch bei allen von nachhaltiger Wirkung sein, insbesondere immer mehr in uns die wahre, echte Menschenliebe, wie sie das Weihnachtsfest predigt, erwecken!

* Saasfee, 29. Dez. Eine feierliche Überraschung, wie sie herzerhebender und eindrucksvoller nicht gedacht werden kann, wurde der Saasföher Einwohnerschaft in den Frühstunden des ersten Feiertages zuteil: Wir meinen den von einer Anzahl junger Mädchen und einiger Herren auf den Straßen und Plätzen unserer Stadt vorgetragenen mehrstimmigen Gesang alter, trauriger Weihnachtslieder. Wie ergreifend klang z. B. durch die Morgenstille das

Telefon Nr. 83.

Codesanzeige.

Heute Nachmittag 6 Uhr erlöste Gott der Herr unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Louise Unger

von ihrem langen, mit Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 63 Jahren.

Namens der Hinterbliebenen:

Wwe. Heinrich Harth.

Laasphe, 28. Dezember 1924.

Die Beerdigung findet am 1. Januar 1925, nachmittags 2 Uhr statt.

Als Verlobte empfehlen sich:

Elsa Schmidt

Otmar Ilgen

Laasphe, den 27. Dezember 1924.

Für die uns anlässlich unserer Verlobung dargebrachten Glückwünsche und Aufmerksamkeiten danken auf diesem Wege herzlichst

E. Wagner u. Braut.

Laasphehütte, im Dezember 1924.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß Saison- und Inventurausverkäufe nur in der Zeit vom 10. Januar bis 15. Februar und vom 10. Juli bis 15. August jeden Jahres und nur für die Dauer von 3 Wochen gestattet sind.

Innerhalb dieser Fristen können zwei Saisonausverkäufe oder je ein Inventur- und Saisonverkauf zugelassen werden.

Laasphe, den 28. Dezember 1924.

Die Polizeiverwaltung: J. B. Mittelman.

Continental-Schreibmaschinen

empfiehlt

Heinrich Müller,

Weidenhausen,

Telefon 72 Amt Verleburg.

Gute feuerfichere Häuser baut man mit Ziegelsteinen

Sogenannte Sparbaustoffe aus Rohenschlacken (Steine oder Hohlblöcke) enthalten bis 50 Prozent Brennstoff und zerfallen im Feuer zu Asche.

An 20000 Ersatzsteinen erspart man gegen Ziegelsteine vielleicht ganze 40 Mark und baut dafür ein minderwertiges Haus aus dem in der Kriegszeit aufgekommene Ersatz. Fachwerk aus Holz erfordert ständige Unterhaltungskosten und ist nicht billiger als Massivbau

Ersatzbauteile sind Experimente der Kriegszeit.

Bauherrn prüft, was Ihr baut!

Sparkassen prüft, was Ihr beleibt!

Gute Ziegelsteine liefert:

Ziegelei Ritter, Wallau.

Bekanntmachung

wegen Abgabe der Umsatzsteuererklärungen für 1924

Gemäß § 35 des Umsatzsteuergesetzes haben die Umsatzsteuerpflichtigen innerhalb des Monats Januar 1925 eine Steuererklärung über die Umsätze des Kalenderjahres 1924 abzugeben. Das gilt sowohl für die zur allgemeinen Umsatzsteuer Verpflichtigen, wie für die zur erhöhten Umsatzsteuer Verpflichtigen, sofern der Veranlagungsabschnitt für sie das Kalenderjahr ist. Es gilt auch für diejenigen zur erhöhten Umsatzsteuer Verpflichtigen, für die der Veranlagungsabschnitt kürzer als ein Kalenderjahr ist, soweit sie für die Veranlagungsabschnitte des Kalenderjahres 1924 Steuererklärungen noch nicht abgegeben haben und noch nicht veranlagt sind.

Die Umsatzsteuerpflichtigen im Bezirk des Finanzamts Siegen werden hierdurch aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen bis spätestens 31. Januar 1925 bei dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich machen.

Zur Erleichterung des Veranlagungsverfahrens wird folgendes bestimmt:

1. Die Angehörigen der Land- und Forstwirtschaft, sowie des Gartenbaues werden bis auf weiteres für die Umsätze aus diesen Betrieben — wozu auch die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe gehören — von der Pflicht zur Abgabe von Steuererklärungen entbunden.
2. Auch die sonstigen Steuerpflichtigen (Gewerbetreibende, Angehörige freier Berufe usw.) brauchen eine Steuererklärung von sich aus nicht abzugeben, wenn sie auf Grund sorgfältiger Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen die Ueberszeugung erlangen, daß die Summe der Voranmeldungen, die sie über ihre Umsätze des Kalenderjahres 1924 abgegeben haben, und die Summe der geleisteten Vorauszahlungen ihren tatsächlichen steuerpflichtigen Umsätzen im Kalenderjahr 1924 entspricht.

Vordrucke zur Steuererklärung werden von Ende Dezember ab bei dem unterzeichneten Finanzamt und bei den Herren Amtsmännern und Bürgermeistern (außer Siegen) kostenlos abgegeben.

Nach Ablauf des Monats Januar kann denjenigen Umsatzsteuerpflichtigen, die eine Steuererklärung nicht abgegeben haben, nach dem Ermessen des Finanzamts ein Vordruck zur Umsatzsteuererklärung zur Ausfüllung binnen 2 Wochen übersandt werden. Die Einreichung der Erklärung kann durch — erforderlichenfalls zu wiederholender — Geldstrafen bis zu je 5000 R.-Mark erzwungen werden; Umwandlung in Haft ist zulässig. Das Gesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht oder sonst vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit Geld- und Freiheitsstrafen, der Versuch ist strafbar. Bei verspäteter Einreichung einer vom Finanzamt angeforderten Umsatzsteuererklärung ist das Finanzamt berechtigt, einen Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer aufzuerlegen.

Siegen, den 20. Dezember 1924.

Finanzamt Siegen.

Der Einkauf von Betten ist Vertrauenssache.

Sie werden bei mir in jeder Hinsicht in Bezug auf Qualität und Preise zufriedengestellt. In

Bettbarchent

führe ich nur das allerbeste
in 160 cm Breite in 130 cm Breite
Mtr. 4.75 Mk. Mtr. 4.00 Mk.

Bettfedern, Pfd. von 4.00 Mk. an.

Große Halbdannen, Pfd. von 4.75 Mk. an.

Weiße Halbdannen, schneeweiß, Pfd. u. 5 Mk. an.

Heinr. Sonneborn,

Telefon 91. Laasphe. Königsstr. 41.

N. S. U.

Motorräder

2, 4, 6 und 8 P.S.-Maschinen

kurzfristig lieferbar.

Heinrich Müller,

Weidenhausen,

Telefon 72 Amt Verleburg.

Sämtliche Steuer-Angelegenheiten

werden sachgemäß und fachmännisch bearbeitet durch

Steuerberatungsbüro Dr. Rock

Biedenkopf, Hospitalstraße 33 1/2. — Fernsprecher 126.

Übernahme von Steuer-Arbeiten im Jahres-Abonnement.

Laaspher Lichtspiele

Am Neujahrstag den 1. Januar 1925,
abends 8 1/2 Uhr

Der große Film Zwei Weisen im Sturm der Zeit!

Ein Drama aus der großen französischen
Revolutionszeit in 2 Teilen.

Was die Wellen plaudern!

Schwank in 2 Akten. In den Hauptrollen
die bekannten

Pat und Patathon!

Zum Totlachen. — Lachen ohne Ende.

Gute Streichmusik

Westfälischer Hof

Zu Sylvester empfehle Spirituosen:

Arrac-Punsch

Rum-Punsch

Rotwein-Punsch

Schlummer-Punsch

Schweden-Punsch

Arrac, unverschnitten

Rum, unverschnitten

Arrac-Verschnitt

Rum-Verschnitt

Weinbrand, rein und verschnitten

sowie sämtliche Liköre von nur aller-
ersten Firmen.

Wittgensteiner Drogerie,
Max Hintz.

Neujahrskarten

in modernen Neuheiten empfiehlt

Buchhandlung Aug. Imgardt, Laasphe.

Gelegenheitskauf!

Wanderer-Getriebe-Motorrad,
4 1/2 PS.

Starter, 3 Gänge, Hand- und Fußkupplung,
Kiemann-Beleuchtung und Sopus
neuwertig abzugeben.

Heinrich Müller,

Weidenhausen,

Telefon 72 Amt Verleburg.

Pferdebünger

gibt preiswert ab.

Bald, Laasphe.

Gottesdienst-Ordnung

Endtebrück.

Mittwoch den 31. Dez. 24.

Sylvester.

8 Uhr abends: Gottesdienst mit

Abendmahl.

Donnerstag den 1. Jan. 1925.

10 Uhr vorm: Hauptgottesdienst.

Gottesdienst in Laasphe

31. Dezember, Sylvester.

Nachm. 6 Uhr: P. Adams.

Sammlung f. d. Hamannstift

in Röhren.

1. Januar, Neujahr.

Vorm. 10 Uhr: P. Bauer.

Sammlung f. d. mähr. Bibel-

gesellschaft in Iserlohn.